

Arbeitsmarkt verteidigen, Sozialwerke sanieren und Integration fördern

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen darf nicht eingeschränkt werden. Der Schweizerische Arbeitgeberverband lehnt Mindestlöhne und Lohngrenzen deshalb genau so ab wie den Ausbau des Kündigungsschutzes und sechs Wochen Ferien. Er setzt sich hingegen für die zügige Sanierung der Sozialwerke und die Integration von Menschen mit Behinderungen ins Erwerbsleben ein. **Rudolf Stämpfli**

Die Schweizer Wirtschaft präsentiert sich bereits wieder in einer erstaunlich guten Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt wächst deutlich schneller als noch vor einem Jahr von den meisten Auguren erwartet, und die Arbeitslosigkeit ist rascher zurückgegangen als von vielen befürchtet. Dazu einige aktuelle Zahlen: Das Seco schätzt das BIP-Wachstum im Jahr 2010 auf 2,6 Prozent – erwartet waren 1,4 Prozent. Die Konjunkturforscher der KOF ETH haben ihre Prognose für das BIP-Wachstum im laufenden Jahr jüngst von 2 auf 2,8 Prozent angehoben, das Seco korrigierte von 1,5 auf 2,1 Prozent und das Institut BAK Basel von 1,7 auf 2,4 Prozent.

Zugang zum Arbeitsmarkt muss offen bleiben

Die Zahl der Beschäftigten nahm 2010 um 1,2 Prozent zu und erreichte einen höheren Stand als vor der Rezession. Im Gegenzug reduzierte sich die Arbeitslosenquote von 4,4 Prozent im Dezember 2009 auf 3,8 Prozent im Dezember 2010; sie ist im März weiter auf 3,4 Prozent gefallen. Zur Erinnerung: Noch vor einem Jahr rechnete das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco für 2010 und 2011 mit durchschnittlichen Arbeitslosenquoten von 4,3 bzw. 4,2 Prozent. In seiner neuesten Prognose erwartet das Seco für 2011 einen Jahresdurchschnitt von 3,2 Prozent.

Die Mehrzahl der Unternehmen beurteilt die Auftragslage für 2011 optimistisch; in manchen Branchen ist bereits wieder ein Mangel an spezialisierten Fachkräften feststellbar. Im 4. Quartal meldeten insgesamt bereits 29,2 Prozent der Firmen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von qualifizierten Arbeits-

kräften (Beschäftigungsbarometer des BFS). Im verarbeitenden Gewerbe und bei der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) waren es 40 Prozent und bei den Finanzdienstleistern 45 Prozent! Diese Zahlen machen deutlich, dass die Schweizer Arbeitgeber stark auf die Rekrutierung von entsprechenden Arbeitskräften im Ausland angewiesen sind. Der freie Personenverkehr mit der EU und genügende Kontingente für besonders qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten sind für die Entwicklung unserer Wirtschaft unabdingbar.

Dennoch wäre es falsch, jetzt einfach einen andauernden und gesicherten Aufschwung zu erwarten. Denn die Erholung der Konjunktur steht nach wie

vor auf unsicheren Füßen. Das gilt insbesondere für alle exportorientierten Branchen und den Tourismus, die mit der andauernden Frankenstärke und zum Teil massiv schwindenden Margen zu kämpfen haben. Und wie eine positive Entwicklung wieder auf die andere Seite kippen kann, zeigen die jüngsten weltpolitischen Ereignisse. Die Krisen in Nordafrika oder die Katastrophe in Japan verdeutlichen, dass solche Schockwellen sofort auf Wirtschaft und Konjunktur zurückschlagen können. Weltweit – und auch in der Schweiz. Höhere Erdölpreise, Einbrüche an den Börsen oder die nach wie vor aktuelle Schuldenkrise in der EU sind nur einige der Risiken, die den wirtschaftlichen Aufschwung wieder abwürgen könnten.

Bezahlte Ferienwochen pro Jahr

(2009, Durchschnitt, Vollzeitbeschäftigte)

	Wochen pro Jahr
Nach Alter	
21 bis 49 Jahre	4,8
50 bis 60 Jahre	5,6
Nach Branchen	
Baugewerbe	4,7
Handel	4,7
Gastgewerbe	4,8
Verarbeitendes Gewerbe	4,9
Gesundheitswesen/Sozialwesen	4,9
Verkehr/Telecom	5,0
Banken/Versicherungen	5,1
Öffentliche Verwaltung	5,1

Es ist deshalb umso wichtiger, dass wir die guten Rahmenbedingungen für die Unternehmen und Beschäftigten in unserem Land nicht unnötig einschränken. Das gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt. Der Schweizerische Arbeitgeberverband begrüsst deshalb den Entscheid des Parlaments, die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» von Travail Suisse zur Ablehnung zu empfehlen.

Sechs Wochen Ferien: Falsches Signal

Diese Initiative ist für die Mehrzahl der Beschäftigten unnötig, und sie schränkt den Spielraum für sozialpartnerschaftliche Lösungen ein. Schon heute profitieren viele Arbeitnehmende von Gesamtarbeits- und Firmenregelungen, die weit über das gesetzliche Minimum von vier Wochen hinausgehen (siehe Tabelle Seite 26). Von einem Feriendefizit der Beschäftigten kann deshalb nicht die Rede sein, zumal sie auch im internationalen Vergleich gut abschneiden.

Die guten Ferienbedingungen in der Schweiz sind in sozialpartnerschaftlichen Lösungen auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der einzelnen Branchen und Unternehmungen abgestimmt. Eine Einschränkung dieser Flexibilität durch eine Anhebung des gesetzlichen Ferienanspruchs wäre für die Vertragsautonomie der Sozialpartner und für den Arbeitsmarkt schädlich. Die Forderung nach einem gesetzlichen Ferienanspruch von sechs Wochen für alle Arbeitnehmenden setzt zudem ein falsches Signal für die Entwicklung der bereits hohen schweizerischen Arbeitskosten. Wenn diese weiter ansteigen, schadet dies der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsstandorts Schweiz.

Sanierung der Sozialwerke beschleunigen

Auch die von linker Seite und Gewerkschaften geplanten Angriffe auf die Lohngestaltungs-Freiheit der Unternehmen lehnt der Schweizerische Arbeitgeberverband ab. Konkret geht es um die Mindestlohn-Initiative (zu den Mindestlöhnen und Lohnniveaus in Europa siehe Tabelle) und die 1:12-Initiative der Juso zur Einführung von Lohnobergrenzen. Ebenfalls kein Verständnis haben wir für die geplante Verschärfung des Kün-

Monatliche Mindestlöhne und Verhältnis Mindestlohn zu Medianlohn in ausgewählten europäischen Ländern

	Monatliche Mindestlöhne 2011 in Euro	Verhältnis Mindestlöhne zu Medianlohn 2011 in Euro
Luxemburg	1758	0,41
Irland	1462	0,53
Niederlande	1424	0,43
Belgien	1415	0,51
Frankreich	1365	0,63
UK	1139	0,46
Griechenland	863	0,53
Spanien	748	0,45
Mindestlohninitiative (CHF/Euro: 1,28)	3125	0,69

Quelle: Eurostat, OECD, Mindestlohninitiative

digungsschutzes. Statt den flexiblen Arbeitsmarkt mit neuen Regulierungen einzuschränken, sollten wir die gute Wirtschaftslage nutzen, um die nachhaltige und langfristige Sanierung der Sozialwerke voranzutreiben. Mit der Revision der Arbeitslosenversicherung konnte ein wichtiger Punkt in der Reform-Agenda abgehakt werden, und die IV-Revision 6a hat zumindest das

*«Rentenbezüger
sollen wieder ins
Erwerbsleben
zurückgeführt
werden.»*

Parlament passiert. Dagegen stehen wir bei der AHV nach zehnjährigen Revisionsarbeiten wieder auf Feld eins und kommen die Reformen bei der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der beruflichen Vorsorge kaum voran. Angesichts der demografischen Herausforderungen, die fast alle Sozialwerke betreffen, ist eine Beschleunigung des Reformprozesses unabdingbar.

Die Gewerkschaften wollen dagegen bremsen. Sie unterstellen z.B., bei der AHV werde die Entwicklung vom Bund mit politischer Absicht systematisch

dramatisiert. In der Tat haben sich die AHV-Financen im letzten Jahrzehnt wegen des starken Wachstums und der grossen Zuwanderung besser entwickelt als erwartet. Aber wenn man sieht, wie stark und schnell sich das lange fast stabile Verhältnis zwischen Rentnern und Aktiven in den nächsten verschlechtern wird – dann ist der kritische Trend klar. Darauf müssen wir rechtzeitig reagieren – damit wir nicht zu sozialpolitisch unerwünschten Hau-Ruck-Übungen gezwungen werden.

Umbau der IV: Arbeitgeber gefordert

Ein zentrales Anliegen der IV-Revision 6a ist die «Integration aus der Rente». Rund 17 000 Rentenbezüger sollen wieder ins Erwerbsleben zurückgeführt werden. Das ist sicher ein ambitioniertes Ziel, zu dessen Erreichung selbstverständlich auch die Arbeitgeber ihren Beitrag leisten müssen. Die mit der Revision neu geschaffenen Integrationsmassnahmen werden sie dabei entscheidend unterstützen. Der Schweizerische Arbeitgeberverband ist seinerseits gewillt, sich für die nötige Sensibilisierung aller Beteiligten einzusetzen. ■

Dr. Rudolf Stämpfli ist Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.